

**Aufruf des Zentralkomitees  
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,  
des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik  
und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik  
an alle Bürgerinnen und Bürger  
der Deutschen Demokratischen Republik**

Wie durch Rundfunk und Fernsehen bekannt geworden, haben dem Sozialismus treu ergebene Persönlichkeiten der Partei und des Staates der ČSSR am 20. August offen den Kampf zum Schutz der sozialistischen Staatsordnung, gegen die konterrevolutionären Umtriebe aufgenommen. Dies wurde notwendig, nachdem durch einen verschärften Rechtskurs einer Gruppe in der Führung der KPC und die erhöhte Aktivität der anti-sozialistischen Kräfte eine akute politische Krise in der ČSSR ausgelöst worden war.

Diese Persönlichkeiten der Partei und des Staates der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik haben sich am 21. August an die Regierungen der mit der ČSSR verbündeten sozialistischen Staaten der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit der Bitte gewandt, in Anbetracht der durch die Wühlarbeit der konterrevolutionären Elemente und der Einmischungsbestrebungen der imperialistischen Mächte entstandenen Gefahr dem tschechoslowakischen Brudervolk und Bruderstaat unverzüglich jegliche Hilfe, einschließlich militärischer Hilfe, zu erweisen. Entsprechend den abgeschlossenen Verträgen über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit haben die Ministerräte der sozialistischen Bruderländer diesem Ersuchen entsprochen.

Die Bürger der DDR hatten aufgetatmet, als sich im Ergebnis der bedeutsamen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder in Bratislava die Aussicht eröffnete, daß die dem Sozialismus feindlichen Kräfte in der ČSSR zurückgedrängt werden und ihnen die gebührende Niederlage bereitet wird. Bei den Beratungen in Čierna nad Tisou und in Bratislava hatte die Delegation der KPC mit den Vertretern der Bruderparteien feste Vereinbarungen getroffen, um gemäß